

NIEDERSCHRIFT

über die 7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften

vom:	08.06.2000
von:	16.00 Uhr
bis:	17.50 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Zimmer 109

Anwesend waren:

I. Vom Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften:

Stv Mues, Gunter - als Vorsitzender
AM Boldt, Axel
Stv Daus, Anny - für Stv Schiemer, Hansgeorg bis 17.00 Uhr
Stv Kleine, Sancho-Antonio - für Stv Panthöfer, Ulrich
Stv Moll, Ilona
Stv Müller, Manfred
AM Neumann, Hildegard - ab 17.50 Uhr
Stv Otto, Günter - für AM Neumann, Hildegard bis 16.33 Uhr
Stv Schiemer, Hansgeorg - ab 17.00 Uhr
Stv Schulze, Werner
AM Schuß, Lothar
Stv Stahl, Markus
Stv Steuber, Burkhard
Stv Wunderlich, Horst

II. Beratende Mitglieder:

AM Delius, Friedmund
AM Mockenhaupt, Franz Josef
AM Schmidt, Lothar - für AM Schwerdfeger, Walter
AM Schnutz, Eberhard

III. Als Zuhörer:

AM Dr. Münch, Jochen

IV. Aufgrund besonderer Einladung:

Herr Patt - Leiter der Geschäftsstelle des Zweckverbandes Personennahverkehr
Westfalen-Süd - zu TOP 5 öT

Herr Fischer - Planungsbüro Fischer + Ante - zu TOP 6 öT

V. Von der Verwaltung:

BM Stötzel, Ulf
StBR Brune - bis TOP 6
Städt. OVR Kühn
Dipl.-Ing. Weidt
VA Sting
Dipl.-Ing. Rohr - bis TOP 6
Städt. VR Sondermann - bis TOP 6
VA Ohrndorf
StA Schmidt
VA Benner - bis TOP 6
VA Mockenhaupt - bis TOP 6
StA Giese - bis TOP 6
Dipl.-Ing. Lüster - bis TOP 6
Dipl.-Ing. Nikesch - bis TOP 6
StOI Schöler - als Schriftführer zu TOP 5 und 6
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

AM Kiel, Horst-Willi
Stv Panthöfer, Ulrich

A ÖFFENTLICHE SITZUNG**1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (SPD)**

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Schuß bestimmt.

7. AfWL 08.06.2000

2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 11.05. und 22.05.2000

Die Niederschrift vom 11.05.2000 wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

Die Niederschrift vom 22.05.2000 liegt noch nicht vor.

7. AfWL 08.06.2000

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

7. AfWL 08.06.2000

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

7. AfWL 08.06.2000

5. Gemeinschaftstarif Bahn und Bus / Bahn ab 28.05.2000**Vorstellung und Information durch den Zweckverband Personennahverkehr Westfalen-Süd**

Mündlicher Bericht

Die Beratung erfolgt gemeinsam mit dem Verkehrsausschuss.

Herr Patt gibt bekannt, dass große Teile des Handlungsprogramms des Zweckverbandes Personennahverkehr Westfalen-Süd umgesetzt wurden, das Leistungspotential konnte um 26 % verbessert werden. Ausfluss des Handlungsprogrammes ist der Gemeinschaftstarif Bahn und Bus. Den Wünschen der Fahrgäste nach Preiskonstanz und guten Anbindungen und die der Träger nach Orientierung an kommunalen Grenzen und Ergiebigkeit wurde soweit wie möglich Rechnung getragen. Um zu einer verlässlichen Kalkulationsgrundlage zu kommen, musste eine umfassende Verkehrserhebung durchgeführt werden. Den regionalspezifischen Problemen (Lage am Dreiländereck und topographische Eigenschaften) wurde durch Bildung von Flächenzonen und der Einführung einer fünfstufigen Preisstruktur begegnet. Ein Kurzstreckentarif ist im Angebot enthalten.

Die Fahrpreise sind gegenüber den alten Preisen größtenteils konstant geblieben, lediglich 11,5 % der Fahrgäste müssen mehr zahlen als bisher.

Zur Stützung des Gemeinschaftstarifes hat der Aufgabenträger 7,7 Mio. DM investiert. Daneben wurden für eine Marketingkampagne 900 TDM eingesetzt, wovon der Aufgabenträger 50 % übernommen hat. Durch diese finanziellen Unterstützungen können homogene, attraktive Preise angeboten werden.

Herr Siebel kritisiert, dass Informationen zum neuen Gemeinschaftstarif der Öffentlichkeit viel früher hätten bekanntgegeben werden müssen.

Herr Vogler entgegnet, dass die Öffentlichkeitsinformation umgehend nach der sehr spät erteilten Tarifgenehmigung durch den Regierungspräsidenten vorgenommen wurde. Eine Verbreitung dieser Informationen über die Medien und eine wiederholte Postwurfsendung hält er für erforderlich. Im Sinne guter Lesbarkeit sind die an den Haltestellen angebrachten Informationen mit einem größeren Schriftbild zu versehen. Eine Auslegung der Informationshefte an möglichst vielen Stellen im Stadtgebiet hält er für erforderlich.

Die Buslinien sollten eine einheitliche Bezeichnung erhalten.

Er fordert die möglichst kurzfristige komplette Einrichtung des Zentralen Omnibus-bahnhofes und die Installation des Busdispositionssystems.

Im Fahrplan sieht er das Problem, dass Fahrgäste des Regionalexpresses aus Richtung Gießen keinen unmittelbaren Anschluss an die Regionalbahn in Richtung Bad Berleburg bekommen können.

Weiterhin spricht er die Problematik, den Hauptbahnhof Siegen als Interregiohalte-punkt auszuweisen, an.

Er kritisiert, dass die sozial schlechter gestellten Personengruppen der Schüler und Senioren durch die Einführung des neuen Gemeinschaftstarifes mehr zahlen müssen als zuvor und fordert eine entsprechende Nachbesserung.

Dieser Kritik schließen sich die Herren Reincke, Schnutz und Kleine an, wobei Herr Kleine darauf hinweist, dass auch im Ausschuss für Schul- und Bildungswesen am 06.06.2000 Kritik an der Preisgestaltung des Schülertickets geäußert wurde.

Vor dem Hintergrund steigender Treibstoffpreise möchte Herr Nickel wissen, wie lange die neuen Preise gehalten werden können.

Herr Patt führt an, dass das Tarifgestaltungsrecht bei den Verkehrsunternehmen liegt. Bei einer erheblichen Steigerung der Benzinkosten kann eine Preisanpassung nicht ausgeschlossen werden.

Die Preisgestaltung der Schülertickets (insbesondere für Fahrgäste aus dem weiteren Einzugsbereich) wird zur Zeit untersucht.

Herr Al-Omary hält die Umstrukturierung der Buslinien für schwer verständlich.

Herr Mues lobt die Einführung eines Gemeinschaftstarifes, teilt jedoch die von Herrn Al-Omary geäußerte Kritik. Eine teilweise vierstellige Linienbezeichnung trägt zu einer Vereinfachung der Fahrpläne nicht bei.

Fazit:

Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften des Rates der Stadt Siegen nimmt den Bericht über den Gemeinschaftstarif von Bahn und Bus zur Kenntnis.

7. AfWL 08.06.2000

6. I. 37. Änderung des Flächennutzungsplanes
- II. Bebauungsplan Nr. 298 „Heidenberg“

hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Prüfung der Anregungen
- Beschluss der Flächennutzungsplanänderung
- Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung
- Vorstellung der örtlichen Bauvorschriften

Vorlagenr. 478/00 - Vorlage vom 24.05.2000

Die Beratung erfolgt gemeinsam mit dem Verkehrsausschuss.

Herr Brune bringt vor, dass aufgrund des Zeitzwanges sehr kurzfristig eine Verwaltungsvorlage erstellt werden musste. In der Konsequenz sind bis zur Ratssitzung geringfügige Modifizierungen in einer Ergänzungsvorlage darzustellen.

Die Bedenken und Anregungen der Bürger betreffend die Nähe des Gewerbegebietes zum Wohngebiet und folglich einer Abwertung des Wohneigentums und einer höheren Verkehrsbelastung wurden in den Abwägungsprozess einbezogen. Die Ansiedlung von Gewerbebetrieben ist großen Einschränkungen unterlegen. Das Bemühen der Stadt liegt darin, lediglich wohnverträgliches Gewerbe zuzulassen.

Durch den zusätzlichen Verkehr auf den Straßen außerhalb des Plangebietes wird der Lärmpegel nicht maßgeblich steigen, so dass von einer erhöhten Beeinträchtigung der Anwohner nicht zu sprechen ist. Im Bereich des Kreisel und des Hotels Johanneshöhe jedoch werden passive Lärmschutzmaßnahmen erforderlich.

Auch wenn der Bebauungsplan zunächst lediglich einen Halbanschluss an den Autobahnzubringer vorsieht, arbeitet die Verwaltung daran, die Genehmigung für einen Vollanschluss beim Westfälischen Autobahnamt Hamm zu erlangen.

Herr Wunderlich wiederholt, dass die CDU auf einen Vollanschluss besteht. In sämtlichen weiteren Planungen ist dieser Gesichtspunkt zu berücksichtigen.

Herr Boldt erklärt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass die Grundsatz-entscheidung zwar mitgetragen wird, die Verwaltungsvorlage jedoch abzulehnen ist. Aus ökologischen Gesichtspunkten hält er eine Prüfung für erforderlich, ob alter

Gebäudebestand erhalten werden kann. Den durch manche Anwohner geäußerten Bedenken kann er sich anschließen: Nach der Abstandsliste sind nicht sämtliche gesundheitsgefährdenden Schadstoffe (z. B. Asbeststoffe) ausgeschlossen. Er fordert diesbezüglich eine Nachbesserung. Er regt an, sämtlichen Schwerlastverkehr ausschließlich über den Autobahnzubringer abzuwickeln.

Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegungen von den Nachbargemeinden keine Anregungen vorgebracht wurden.
2. Über die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen und Hinweise der Träger öffentlicher Belange wird wie folgt beschlossen:
 - 2.1 Der Anregung der Pipeline Engineering GmbH (PLE) Essen wird durch eine die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 298 gemäß § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Nr. 2 und 3 BauGB entsprochen. Durch die vereinfachte Änderung, der der betroffene Grundstückseigentümer und der berührte Träger öffentlicher Belange zugestimmt haben, wird nachfolgendes geändert:
 - Die unterirdische Gasleitung Nr. 7 mit Schutzstreifen der Ruhrgas AG wird in den Bebauungsplan übernommen und südlich des Hauses Achenbacher Straße 110 auf der nicht überbaubaren Grundstücksfläche ein Leitungsrecht zugunsten der Ruhrgas festgesetzt.
 - 2.2 Der Anregung der RWE Energie AG wird durch eine die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 298 "Heidenberg" gemäß § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Nr. 2 BauGB entsprochen. Durch diese vereinfachte Änderung, der der betroffene Grundstückseigentümer und die RWE Energie AG als Versorgungsträger zugestimmt haben, wird folgendes geändert:
 - Das Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der ESI zwischen Heidenbergstraße und Erschließungsstraße 2 wird von 3,50 m auf 4,50 m verbreitert sowie verlängert und als zusätzlicher Begünstigter die RWE Energie AG benannt.

- 2.3 Die Hinweise des Kreises Siegen-Wittgenstein als Untere Landschaftsbehörde werden durch eine die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 298 gemäß § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Nr. 2 BauGB berücksichtigt. Durch die vereinfachte Änderung, der der betroffene Grundstückseigentümer und der berührte Träger öffentlicher Belange zugestimmt haben, wird folgendes geändert:
- Im Gliederungspunkt 11.1 entfallen bei der Pflanzliste Sträucher / Hecken die Fliederarten Syringa Vulgaris und Syringa in Sorten.
 - Unter dem Gliederungspunkt 11.3 "Mindestbepflanzung der Stellplätze" wird ein Verweis auf die Pflanzliste unter Punkt 11.1 "Bäume" eingefügt.
- 2.4 Das Schreiben der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH (SVB) wird zur Kenntnis genommen.
- 2.5 Der Anregung der Verkehrsbetriebe Westfalen Süd (VWS), eine neue Straßenverbindung zwischen Heidenbergstraße und der Achse 2 in Höhe der alten Kaserneneinfahrt der Heidenbergstraße im Bebauungsplan Nr. 298 planungsrechtlich vorzusehen, wird nicht entsprochen.
- 2.6 Die Schreiben des Westfälischen Amtes für Denkmalpflege werden zur Kenntnis genommen. Die geforderte Abwägung der öffentlichen Belange bezüglich Denkmalschutz und stadtplanerischer Zielsetzung wird durch diese Bauleitplanung hinreichend vorgenommen.
- 2.7 Das Schreiben des Staatlichen Umweltamtes wird zur Kenntnis genommen. Die Hinweise bezüglich des Ausschlusses von Betriebsarten in den Gewerbegebieten sind bereits berücksichtigt. Bezüglich der Belange Altlasten und Abwasser wird eine, gemäß den Abstimmungen, abschließende Stellungnahme ohne Bedenken gegen diese Bauleitpläne der Stadt Siegen in der Sitzung vorgelegt.
- 2.8 Das Schreiben der Bezirksregierung vom 15.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Der Hinweis bezüglich der Beschränkung der Sortimentsliste für das Sondergebiet wird in den Erläuterungsbericht der Flächennutzungsplanänderung redaktionell aufgenommen. In der Flächennutzungsplanänderung werden die Planzeichen für die Darstellung der einzelnen Baugebiete von M in MI, G in GE und S in SO redaktionell angepasst und die Darstellung W Wohngebiet gestrichen. Die von der Bezirksregierung geforderte Festsetzung der Sortimentsliste (Nahversorgung) für das Sondergebiet wird durch eine die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 298 gemäß § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Nr. 2 BauGB entsprochen. Durch diese vereinfachte Änderung, der der betroffene Grundstückseigentümer und die Industrie- und Handelskammer sowie der

Einzelhandelsverband als berührte Träger öffentlicher Belange zugestimmt haben, wird folgendes geändert:

- Bei der Festsetzung Sondergebiet (SO) wird der Textteil "mit einem Randsortiment des täglichen Bedarfs, wie z. B. Getränke, Backwaren, Blumen, Zeitschriften, Drogerieartikel, zulässig" durch nachstehende Sortimentsliste für SB-Märkte (Nahversorgung) ersetzt:

Sortimentsliste für SB-Märkte (Nahversorgung)

Abgrenzung der Sortimente für SB-Märkte gemäß Punkt 2.2.5 des Gem. RdErl. vom 07.05.1996 - Ansiedlung von Einzelhandelsgroßbetrieben - (MBl. NW 1996 S. 922) und entsprechend dem Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik (WB), Ausgabe 1978, (herausgegeben vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden):

Kernsortiment Nahversorgung

Lebensmittel, Getränke, Drogerieartikel, Körperpflege, nichtelektrische Haushaltswaren

WB Nr.	Nahversorgungsrelevantes Kernsortiment
- WB 00-10, 12-13 960	Lebensmittel, Süßwaren, Spirituosen (einschl. Milchprodukte, Tiefkühl-, Fleischwaren, Gemüse, Tiernahrung)
- WB 11 - WB 15-18	Getränke Wasch-, Putz-, Reinigungs- und Körperpflegemittel, Kosmetika
- WB 66	Nichtelektrische Haushaltswaren

3. Über die während der öffentlichen Auslegungen vorgebrachten Anregungen der Bürger wird wie folgt beschlossen:

3.1 Das Schreiben der "Anliegergemeinschaft Ehlersstraße, Am Ziegenberg, Achenbacher Straße, Hubertusweg" vom 25.10.1999 wird zur Kenntnis genommen.

- 3.2 Das Schreiben des Berghotels Johanneshöhe vom 10.04.2000 wird zur Kenntnis genommen. Den Anregungen des zweiten Schreibens des Berghotel Johanneshöhe vom 25.04.2000 wird durch eine die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 298 gemäß § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 und 3 BauGB entsprochen. Durch diese vereinfachte Änderung, von der nur die Stadt als Grundstückseigentümer sowie das Forstamt als Träger öffentlicher Belange tangiert werden, wird folgendes geändert:
- Die überbaubare Grundstücksfläche auf dem Grundstück des Berghotels Johanneshöhe (Mischgebiet) wird weitestgehend gemäß den Anregungen des Eigentümers erweitert. Im Süden wird sie um fünf Meter verschoben, im Nord-Osten um eine Teilfläche von ca. 4,5 Meter vergrößert und im Süd-Westen kann die Baugrenze nicht auf die Grundstücksgrenze verlegt werden, da es ansonsten zu Kollisionen mit dem Schutzstreifen, der dort verlegten Gasleitung (LNr 7-95 DN 100 DE.1) kommt.
- 3.3 Das Schreiben des Einwenders Nr. 9 mit Datum vom 11.10.1999 (Eingang bei der Stadt 13.04.2000) wird zur Kenntnis genommen. Die Vorbehalte und Anregungen werden zurückgewiesen.
- 3.4 Das Schreiben des Einwenders Nr. 10 (AGENDA) wird zur Kenntnis genommen. Die Anregungen wie "Verhinderung der Stadtfucht, Reduzierung der Schadstoffbelastungen und Vereinbarkeit von Wohnen und Arbeiten" werden durch die Bauleitpläne berücksichtigt.
- 3.5 Das Schreiben der Einwenderin Nr. 11 vom 04.04.2000 wird zur Kenntnis genommen. Der nicht begründete Einspruch gegen den Bebauungsplan wird zurückgewiesen.
- 3.6 Das Schreiben der Einwender Nr. 12 vom 02.05.2000 wird zur Kenntnis genommen.
- 3.7 Das Schreiben des Einwenders Nr. 13 vom 04.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Der Einspruch bzw. die Forderung, den Bebauungsplan Nr. 298 "Heidenberg" in ein Wohngebiet mit Naherholungsmöglichkeiten zu ändern, wird zurückgewiesen.
- 3.8 Das Schreiben der Einwender Nr. 14 vom 02.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Der Einspruch und die Änderungsvorschläge für den Bebauungsplan Nr. 298 werden zurückgewiesen.

- 3.9 Das Schreiben der Einwender Nr. 15 (Eigentümergeinschaft Hubertusweg) vom 05.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Die Anregungen und Beschwerden zur 37. Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes Nr. 298 "Heidenberg" werden zurückgewiesen.
 - 3.10 Das Schreiben der Einwenderin Nr. 16 vom 04.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Die Anregungen und Beschwerden werden zurückgewiesen.
 - 3.11 Das Schreiben der Einwender Nr. 17 vom 05.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Die Bedenken und Anregungen werden zurückgewiesen.
 - 3.12 Das Schreiben der Einwenderin Nr. 18 wird zur Kenntnis genommen. Der Einspruch gegen die Errichtung des Gewerbegebietes wird zurückgewiesen.
 - 3.13 Das Schreiben der Bürgerinitiative gegen das "Gewerbegebiet Heidenberg" (Vorstand) wird zur Kenntnis genommen. Die vorgetragenen Bedenken gegen diese Bauleitplanungen werden zurückgewiesen. Der Forderung nach Änderung dieser Planung in ein "Wohn-Mischgebiet" wird nicht entsprochen.
4. Der Rat der Stadt Siegen beschließt:
- 4.1 die 37. Änderung des Flächennutzungsplanes mit dem Erläuterungsbericht laut Anlagen 2 und 3 zur Vorlage;
 - 4.2 den Bebauungsplan Nr. 298 "Heidenberg" mit den vereinfachten Änderungen gemäß § 10 BauGB als Satzung laut Anlage 4;
 - 4.3 die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 298 "Heidenberg" laut Anlage 5 zur Vorlage.
 - 4.4 Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Entwurf der Örtlichen Bauvorschriften ("Gestaltungssatzung", Anlage 6) für den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 298 "Heidenberg" zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das Verfahren zur Erlassung der Satzung durchzuführen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür
(Gegenstimme BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

7. AfWL 08.06.2000